

■ Rezensionen

Archiving and Narrating in Historiography

Sebastian Jobs/Alf Lüdtké (Hg.), Unsettling History. Archiving and Narrating in Historiography, Frankfurt/New York (Campus) 2010, 253 S., 29,90 €

I20 In ihrem Aufsatz über Formen des Erinnerns an die Belagerung Leningrads während des Zweiten Weltkriegs beschreibt Andrea Zemskov-Züge folgende Begebenheit: Bei der Arbeit im Archiv mit einer Sammlung von Interviews und Gesprächsprotokollen, die nach dem Krieg von einem Institut der kommunistischen Partei mit Bewohnern Leningrads über die Geschehnisse während der Belagerung gemacht wurden, fanden sich sehr persönliche, sehr individuelle Schilderungen vom Tod von Familienangehörigen und den brutalen Lebensbedingungen, denen die Eingeschlossenen ausgesetzt waren. Zemskov-Züge fragt sich, ob diese Dokumente, deren Inhalte teils deutlich von dem parteilich geforderten Narrativ der Belagerung abwichen, auch zu Sowjetzeiten frei zugänglich waren. Eine Archivmitarbeiterin bejahte dies – schließlich handele es sich um persönliche Erinnerungen, nicht um historische Fakten.

Ich bin geneigt, diese überraschende und deswegen Erkenntnis versprechende Episode exemplarisch zu nehmen, um zwei mögliche Lesarten des von Sebastian Jobs und Alf Lüdtké herausgegebenen Sammelbandes über »Verunsichernde Geschichte(n)« vorzustellen. Die eine Lesart würde sich nicht vollumfänglich, aber tendenziell der Position der Archivmitarbeiterin anschließen, dass Persönliches und historisch Gesichertes nichts miteinander zu tun haben. Denn man kann sich angesichts dieses Sammelbandes einmal mehr die Frage stellen, welchen Weg die Geschichtswissenschaft zukünftig einzuschlagen gedenkt. Sie scheint schon seit

geraumer Zeit vor allem zu wissen, was sie nicht mehr will: keine Meistererzählungen, keinen naiven Objektivitätsglauben, keine überheblich koloniale Perspektive. Aber überzeugende Alternativen sind noch nicht an die Stelle traditioneller Prinzipien getreten. Angesichts all dieser Verunsicherungen, die es ja auch in den Titel des Sammelbandes geschafft haben, mag der Verweis der Archivmitarbeiterin auf die historischen Fakten nur allzu verständlich erscheinen. Brauchen wir nicht irgendetwas Unumstößliches, an dem wir uns festhalten können? Dieser Sammelband liefert ein solches Fundament auf jeden Fall nicht. Im Gegenteil, die Einleitung der Herausgeber macht deutlich, dass mit dem Titel der »Verunsichernden Geschichte« nicht nur ein Zustand konstatiert, sondern ein historiographischer Zielpunkt angegeben ist. Es geht um mehr, nicht um weniger Verunsicherung! Es geht um die Skepsis angesichts des eigenen geschichtswissenschaftlichen Tuns, es geht um die Unmöglichkeit einer immer zutreffenderen Kenntnis der Vergangenheit qua Historiographie. Durch die Dreiteilung des Bandes wird angezeigt, dass keines der konstitutiven Fundamente der Geschichtsschreibung außen vor bleibt: Narrative, Archive und das geschichtsschreibende Selbst werden daraufhin befragt, wie sie zu einer Geschichte beitragen, die nicht mehr »die Geschichte« ist. Und nach all diesen theoretischen Beunruhigungen, epistemologischen Selbstbefragungen und durchdachten Dekonstruktionen – was bleibt? Muss das Festhalten an den historischen Fakten nicht allzu verständlich erscheinen?

Ich habe den Eindruck, die in solchen geschichtstheoretischen Diskussionen regelmäßig auftauchenden Verweise auf ein »Eigentliches« der Historie sind nichts anderes als nostalgische Rückbezüge auf ein goldenes Zeitalter der Geschichtsschreibung, in dem historische Darstellungen noch als eben das galten: als Vergangenheitsbeschreibungen, die sich nicht beständig selbstreflexiv untergraben mussten. Abgesehen davon,

dass (wie so häufig bei nostalgischen Reflexen) dieses Paradies wohl niemals existierte (davon kann ein Blick in Droysens *Grundriss der Historik* zeugen), können wir eigentlich froh und glücklich sein, es verloren zu haben.

Und damit komme ich zur zweiten möglichen Lesart dieses Sammelbandes, die den Beiträgen nur dankbar sein kann, weil es nie genug der historiographischen Selbstbefragung geben kann. Geschichtsschreibung auf ihr eigenes Tun hin zu durchleuchten, kann nämlich kaum eine Verlustgeschichte sein, weil man nicht verlieren kann, was man nie besessen hat. Eigentlich keine neue Erkenntnis, aber immer noch für den einen oder anderen Aufreger gut. Daher ist es durchaus hilfreich, wenn in diesem Band im Einzelnen zwar recht unterschiedliche, in ihrer Ausrichtung aber durchaus übereinstimmende Beiträge versammelt sind. David William Cohen unternimmt gewissermaßen eine doppelte Form der Selbstreflexion, indem er auf »die Geschichte« seines eigenen, in den 1980ern entwickelten Konzepts einer »production of history« zurückblickt, mit dem die Arten und Weisen thematisiert werden sollen, wie Geschichte hervorgebracht wird. Jacques Revel plädiert für eine Praxis der Geschichtsschreibung, die Diskontinuität ernst nimmt, indem sie divergente Perspektiven miteinander verknüpft. Dipesh Chakrabarty erörtert die – letztlich offenbleibende – Frage, wie nach dem Ende historischer Objektivitätsansprüche und dem Ende des europäischen Kolonialismus eine Ethik der Geschichtsschreibung noch begründet werden kann. Michael Schoenhals stellt eine chinesische Internetseite von Hobbyhistorikern vor, die auf einem schmalen Grat zwischen der Archivierung Pekinger Lebens und der Beobachtung durch staatliche Behörden operiert. Philipp Müller ist Leopold Ranke auf den Fersen und folgt diesem auf seinen Archivreisen nach Wien und Italien, wobei Schwierigkeiten des Archivzugangs ebenso zum Vorschein kommen wie erotisierende Beschreibungen

des Verhältnisses zu den Archivalien. Leora Auslander portraitiert das Jüdische Museum und das Centrum Judaicum in Berlin sowie die Nachlässe von drei Juden, die die Shoah überlebt haben – und paradoxerweise nur aufgrund dieses Umstandes in den Status der Archivwürdigkeit aufgerückt sind. Eve Rosenhaft wendet sich den spärlichen Ego-Dokumenten einer Roma-Familie zu, die die Herrschaft der Nationalsozialisten erlebt und nur teilweise überlebt hat – und praktiziert zugleich eine erhellende Form der Selbstreflexion, indem sie ihren eigenen Beitrag mit Marginalien kommentiert und die unterschiedlichen, am Text beteiligten Stimmen identifiziert. Sheila Fitzpatrick berichtet über ihre Erfahrungen der Selbsthistorisierung beim Schreiben von Büchern über ihren Vater, ihren verstorbenen Ehemann und sich selbst, samt der Auswirkungen, die diese Erfahrungen auf ihre weiteren historischen Arbeiten hatten. Andrea Zemskov-Züge behandelt, wie gesagt, Selbstzeugnisse aus der Zeit der Belagerung Leningrads und ihre unterschiedliche Rubrizierung als offiziell oder nicht offiziell. Rhys Isaac stellt anhand eines Tagebuchs eines amerikanischen Grundbesitzers aus dem 18. Jahrhundert die Textgattung der *masterlore* (in Anlehnung an *folklore*) als eine Form der Herrschaftserzählung vor. Gesine Krüger schildert die Auseinandersetzungen und die historisch-politischen Aufladungen, die sich im Zusammenhang der Rückführung der sterblichen Überreste von Sarah Baartman von Frankreich nach Südafrika entwickelt haben.

Was wir in all diesen Beiträgen nicht finden, ist eine Antwort auf die Frage, wie wir »der Geschichte« denn habhaft werden könnten, wenn all ihre Grundlagen immer wieder in Frage gestellt werden, wenn wir uns – entgegen der Behauptung der russischen Archivmitarbeiterin – nicht nur der historischen Fakten nicht mehr sicher sein könnten, sondern wenn auch die Erzählweisen von Geschichte, die Archive und sogar die Subjekte, die Geschichtsschreibung

praktizieren, bei näherer Betrachtung vor allem ihre Beschränkungen, Unzulänglichkeiten und Verunsicherungen offenbaren. Für diesen Umstand wird es keine Lösung geben. Aber wird dann, wenn ihre Fundamente schon verunsichert und verunsichernd sind, Geschichtsschreibung nicht völlig beliebig? Wohl kaum, zumindest nicht beliebiger als sie ohnehin schon war. Und vor allem: Vergessen wir nicht, wofür wir Geschichte betreiben – für eine Gegenwart, die sich in all ihrer Komplexität zur Selbstbefragung und zu Selbstver(un)sicherung permanent an einem vergangenen Gegenüber reiben muss. Rhys Isaac formuliert in seinem Beitrag treffend: »History is a present story made out of past stories found by the historian in the archives.«

ACHIM LANDWEHR (DÜSSELDORF)

■ Gendering Historiography

Angelika Epple/Angelika Schaser (Hg.), Gendering Historiography. Beyond National Canons. Frankfurt/New York (Campus Verlag) 2009, 244 S., 34,90 €

»I am not a lady. I am a professor«: Martina Kessel, quoting the British historian Helen Cam, introduces the paradoxes analyzed in the volume under review. The book summarizes the state of the art in three interrelated but independent research fields: gendering the historical canon by integrating gender and women's history, the ways in which academic historiography has been changed by the presence of women as historians, and the influence of these phenomena on the culture of memory. These three subthemes inform the essays which make up the four sections of the book.

In the first section: »Historiography in flux« Bonnie Smith deals with the United States while Western Europe is handled by Maria Grever. The second section entitled »Gendering the National Canons of Historiography« contains contributions by Claudia Kraft and Irma Sulkinen who offer

case studies of Poland and Finland. Part III »Dividing Lines between the Traditional Canon and Excluded Histories« focuses on a mix of subjects: the Lutheran Pietist movement (Ulrike Gleixner), Ottoman women's history (Ruth Barzilai-Lumbroso), British suffrage historiography (Krista Cowman) and cultures of memory (Sylvia Paetschek). The last section looks at Finnish and German historians of women researched by Tiina Kinnunen and Heike Anke Berger. This section also features an eloquent postscript to the volume by Martina Kessel, who highlights problems of gendering historiography and demonstrates that the analytical concept of »double helix« used by Higonnet in 1987 is still useful when speaking about women's position in historiography.

The project of the book is laudable though it sets itself a herculean task. The editors describe the aim of the book as that of providing »insights into the establishment and cultivation of gendered power relations in different societies« as well as of outlining »the devastating effects that exclusionary practices can have on each national canon«. The volume is an overview of problems and controversies around gender history and merits to be assigned as reading for courses on gender history and historiography in general. The bibliography is impressive, up to date and will be useful when planning gender history courses at the university.

It is impossible in the space of a short review to do justice to each of the individual contributions to the book; I have therefore chosen instead to focus on one issue the essays address: those challenges faced by historians of gender who wish to write beyond national canons.

The first challenge arises when using a national frame as a unit of analysis for history writing. The introduction to the volume by Angelika Epple and Angelika Schaser makes it apparent that these prominent scholars of gender history, who have spent decades researching and thinking of their projects, were summarizing their research

results for the major conference which provided the impulse for the volume. The contributing scholars, who are well-established canon-makers themselves, are the products of »Western« (meaning Rankean) professional training as historians and they are aware of this particular challenge which Irma Sulkunen refers to as »choices on ethical grounds«. It is obvious that historians are still trained (and employed in the academic labor market) in the national framework. Gender history is no exception. Very few appointments are made in comparative or transnational history. It is a major mistake to believe that gender history is comparative and transnational from the start. By way of a solution the volume combines thematic articles with national reports on case studies of how in specific times and places gender complicated national narratives. The highlights of the volume are the thematic articles such as that by Sylvia Paletschek, who helps to think of issues through lenses other than the national.

As a result, the second challenge which becomes apparent is how to deal with inclusion and exclusion, which is a constitutive part of writing history. We should take a look at the principles on which decisions of exclusion and inclusion are made to achieve the goal of the book: to get beyond national canon. Authors of this volume, especially Bonnie Smith, are aware of the challenges and possibilities that global history offers for gender history. More should have been said about »history« as a colonial project which informs these processes of exclusion. The interesting contribution of Ruth Barzilai-Lumbroso addresses the very complex ways in which Ottoman women's history was integrated into the national canon in the 1950s.

Thirdly, it is clear from this book that in the long run the methods and theory of gender history should be revisited as Epple and Schaser underline in their introduction. Reading this excellent summary and reflection on what has been written in the

past 30 years of gendered historiographical canon such as the contribution by Ulrike Gleixner on church history, we see that such revisiting is a necessity not independent of the political agenda of transforming history writing, which scholars of gender had set up for themselves as early as the beginning of the last century.

The articles in the volume focus primarily on the first two challenges mentioned above, but the contribution by Kessel touches upon future directions which comprise the third challenge. Definitely the way forward (and towards a wider outreach) of gender history is to make connections with other history writing traditions – such as post-colonial or labor history – which question the concept of a national canon and its exclusionary logic. Such a path has a potential to define gender as a travelling concept as well as to build up strategic alliances to be able to think through global history from outside the »Western« intellectual tradition. An intersectional approach would not only change the perspectives of doing gender history, introducing besides the classic triad of class, race, gender other differences, but would also question that which qualifies as »source« and »history«. Maybe it is high time to think of historians in a different way. Claire Colebrook wrote in her article in *Australian Feminist Studies*: »Rehearsing feminism's past is, then, not merely a sanctimonious exercise of self-congratulation for having overcome the blindness of a past; it is also an awareness that the past may harbor potentials to which we are not yet attuned«. This volume warns us that maybe we have not fully utilized this potential yet.

ANDREA PETŐ (BUDAPEST)

■ Cultural Hierarchy in Sixteenth-Century Europe

Carina L. Johnson, *Cultural Hierarchy in Sixteenth-Century Europe. The Ottomans and Mexicans*, Cambridge u. a. (Cambridge University Press) 2011, xvi u. 323 S., 32 Abb., 60,00 £

I24

Bereits 2003 verwies Almut Höfert auf das Forschungsdesiderat eines Vergleichs von *Turcica* und *Americana*. Vor ihr wandten sich Michael Ryan (1981) und William O'Reilly (2001) dieser Thematik zu. Doch seit Höferts mahnenden Worten ist einiges geschehen: Mark Aune veröffentlichte 2005 einen Rezensionsartikel, in dem er neuere Arbeiten zu Reiseberichten vergleichend bespricht. Ein von Ulrike Ilg herausgegebener Sammelband aus dem Jahre 2008 widmet sich den Wechselbeziehungen zwischen Texten und bildlichen Darstellungen in Reiseberichten, die im 16. Jahrhundert zur »Neuen Welt« und zum Osmanischen Reich verfasst wurden. Ebenfalls vergleichend untersuchte Stephanie Leitch (2010) systematisch die Repräsentationen von Nichteuropäern in deutschsprachigen Drucken des frühen 16. Jahrhunderts.

Nun erschien mit dem hier zu besprechenden Band Johnsons eine weitere Veröffentlichung zu diesem Themenspektrum. Die Monografie der Historikerin (und ausgebildeten Archäologin) behandelt anhand der spanisch- und deutschsprachigen Herrschaftsgebiete der Habsburger vergleichend die Kulturkontakte zur »Neuen Welt« (insbesondere zu den Azteken) und jenen zum Osmanischen Reich. Begründet wird dieses Untersuchungsinteresse nicht nur durch die Berührungen der habsburgischen mit den muslimischen und amerikanisch-indigenen Gebieten, sondern vor allem damit, dass die »Entdeckung Amerikas« zeitlich mit einer verstärkten Auseinandersetzung mit den Osmanen zusammenfiel. In ihrer Studie, die sich mit den zirkulierenden Gegenständen, Nachrichten, Bildern und Menschen

auseinandersetzt, argumentiert Johnson, im Laufe des 16. Jahrhunderts habe ein grundlegender Wandel bei der ethnografischen Beurteilung Indigener und Muslime stattgefunden. Während in den ersten Jahrzehnten der Kulturkontakte auf habsburgischer Seite eine experimentelle Konzeption der Gleichwertigkeit zu Azteken und Osmanen vorherrschend gewesen sei, habe sich im Zuge der reformatorischen und gegenreformatorischen Bewegungen eine Neubewertung der Indigenen und Muslime als kulturell »minderwertig« durchgesetzt. Ursprünglich seien diese als »zivilisiert« imaginiert worden, aber Ende des 16. Jahrhundert habe ihre Beschreibung als »götzendienersche Exoten« vorgeherrscht.

Entsprechend dieser These ist die Monografie zweigeteilt: Zunächst stehen die inkludierenden und anschließend die exkludierenden Mechanismen im Vordergrund (Kap. 1 bis 3, Kap. 4 bis 6). In einem ersten Kapitel analysiert Johnson die zirkulierenden *Turcica* und *Americana* bis in die 1530er Jahre. Sie veranschaulicht, dass die handschriftlichen und gedruckten Relationen und Briefe aus Yucatán die aztekische Herrschaftsorganisation, Verwaltung und das (Kunst-)Handwerk betonten. Der Konquistador Hernán Cortés berichtete, die Zeremonien Moctezumas seien unübertroffen im Vergleich zu jenen der Sultane oder anderer »ungläubiger Herrscher«, und Tenochtitlan wurde in Drucken als zweites Venedig dargestellt. In den deutschsprachigen Übertragungen gerieten jedoch – entsprechend der reformatorischen Auseinandersetzungen – die religiösen Praktiken in den Vordergrund. Darstellungen und Beschreibungen aztekischer Opferungen wurden zum bethlehemitischen Kindermord, muslimische Beschneidungen zu antijudaistischen Motiven und indigene Kannibalismusszenen zur katholischen Eucharistie in Beziehung gesetzt. Für die frühe Herrschaftszeit Karls V. stellt Johnson vielfältige Repertoires hinsichtlich der Wahrnehmung von Muslimen und Indigenen fest, wobei sich jedoch

zunehmend negative Beurteilungen durchsetzten. Das zweite Kapitel fokussiert die Selbstdarstellung der Habsburger als Herrscher einer Universalmonarchie, die neben christlichen auch muslimische und indigene Territorien umfasste. Karl V. wurde dabei Süleyman I. als potentieller Erbe des antiken Roms gegenübergestellt. Um die Jahrhundertmitte sei, auch mit der Aufteilung der Erblande, ein Rückgang der universalmonarchischen Selbstdarstellung festzustellen. Stattdessen inszenierten sich Habsburger zunehmend als Vertreter des »rechten Glaubens« gegenüber Protestanten, Muslimen und Indigenen. Im Zentrum des dritten Kapitels stehen die Nürnberger Reichskleinodien und der Umgang mit aztekischen Objekten, die zunächst als handwerklich kunstvolle Gegenstände beurteilt und in die Schatzkammern als Ausdruck legitimer Herrschaft und als Tributabgaben eingegliedert oder auch verschenkt wurden. Mit der zunehmenden protestantischen Abwertung der Zurschaustellung von Reliquien und den symbolischen Auseinandersetzungen zwischen Nürnberg und Kaiser sei auch die Wertschätzung der Objekte aus der »Neuen Welt« gesunken, die schließlich – insbesondere jene der Inka – zur Finanzierung der Habsburger, der Kriege gegen das Osmanische Reich sowie des Tunis-Feldzuges teilweise eingeschmolzen wurden.

Nach einführenden Überlegungen zu zeitgenössischen Kosmografien, anhand derer Johnson exemplarisch auf die Herausbildung der *res publica christiana* und die damit einhergehenden Abgrenzungen zu Juden, Muslimen und Indigenen hinweist, thematisiert sie im vierten Kapitel »the construction of a cultural border zone between Habsburg and Ottoman Empires«, für die das Motiv der Gefangenschaft besonders wirksam war. Die Gefangenschaft zahlreicher Christen im Osmanischen Reich hätte zwar einerseits die diplomatischen Kontakte zwischen den Habsburgern und Sultanen intensiviert, andererseits verfestigten sich aber gerade dadurch auch Unterschiede,

indem ehemalige Gefangene als »cultural go-betweens« über die Anderen (Muslime) berichteten und Differenzen betonten. Am Beispiel der Gesandtschaft Ibrahim Beys anlässlich der Kaiserwahl Maximilians II. im Jahr 1562 und der durch ihn verschenkten Kamele veranschaulicht Johnson, dass die Habsburger ihre Herrschaftsautorität zunehmend als außerhalb konfessioneller Streitigkeiten stehend betonten. Im Zuge der osmanischen Gesandtschaft erhielt der zuvor wenig beachtete Krönungsmantel besondere Aufmerksamkeit: Auf ihm waren Löwen abgebildet, die auf niedergestreckten Kamelen hockten. Diese Darstellung sei anlässlich der Kamelgeschenke Ibrahim Beys als Darstellung der »supremacy over Muslim culture« verstanden worden, ein Grundgedanke, der zunehmend habsburgische Herrschaftsautorität charakterisiert habe. Im letzten Kapitel thematisiert die Autorin Veränderungen im Umgang mit muslimischen und indigenen Gegenständen in Sammlungen katholischer Herrscher. Zunehmend wurden außereuropäische und antike Objekte mit Idolatrie in Verbindung gebracht, sodass sie in den Kunstkammern konzeptionell als verwandt ausgestellt wurden. Sie konnten so »symbolically represent and [...] advance the church's triumph over the devil«. In diesem Zusammenhang bildete sich, so Johnson, die Kategorie des Exotischen heraus, die Indigenen, Muslimen und Häretikern den »status of civilized peoples« absprach.

Johnson reflektiert zwar zu Beginn ihres Buches die Verwendung solcher Bezeichnungen wie »Turks«, »Indians« oder »Mexicans«, doch drängt sich im Textzusammenhang mehrfach der Verdacht auf, dass mit diesen Begriffen ein Kulturverständnis einhergeht, das die historische, regionale und kulturelle Vielfalt ganzer Räume unter einfache Bezeichnungen subsumiert. Während die Autorin die Kontakte zu den Azteken und Nahuatl sprechenden Indigenen beispielsweise sehr ausführlich untersucht, werden die Inka kaum und die Maya, Mix-

teken, Tolteken oder Zapoteken gar nicht erwähnt. Auffällig ist auch, dass einschlägige Literatur mitunter nicht vorkommt: Die Forschungen zur »Türkenfurcht« und »Türkenhoffnung« wurden genauso wenig berücksichtigt, wie wichtige tschechische Studien zu der von Johnson untersuchten Sammlung Erzherzog Ferdinands. Ebenso sind in den Fallstudien mitunter kleine Unstimmigkeiten oder Vernachlässigungen anzutreffen. Die anhand der publizierten Inventare getroffene Behauptung, »Philip II's collection held only a few Muslim treasures [...] [h]e had no Turkish objects identified as diplomatic gifts or trophies from military victories« ist nicht haltbar, wenn auch die archivalischen Quellen zu den in die Sammlung integrierten Beutestücken aus Lepanto berücksichtigt werden. Gar keine Erwähnung finden die häufig anzutreffende Zirkulation arabischer, persischer und osmanischer Handschriften in Soldaten-, Adels-, Mönchs- und Gelehrtenkreisen sowie die frühneuzeitliche Auseinandersetzung mit orientalischen Sprachen. Besonders spärlich sind zudem Johnsons Anmerkungen zur Koranrezeption, die ihre Thesen womöglich differenziert hätten.

Trotz dieser Einwände hat die Autorin ein klar strukturiertes, nachdrücklich argumentierendes, aufwendig recherchiertes und gut lesbares Buch vorgelegt, in dem sie textuelle, bildliche und materielle Quellen, Darstellungen und Artefakte gemeinsam interpretiert. Für die Zukunft dürfte Johnsons Buch – zumindest ist das zu hoffen – der vergleichenden Erforschung der Kulturkontakte zwischen Christen, Muslimen und Indigenen nicht nur Thesen, sondern vor allem wichtige und nachhaltige Impulse geben.

STEFAN HANSS (BERLIN)

■ The Second Ottoman Empire

Baki Tezcan, The Second Ottoman Empire. Political and Social Transformation in the Early Modern World (Cambridge Studies in Islamic Civilization), Cambridge u. a. (Cambridge University Press) 2010, 284 S., 20 Abb., 55,00 £

Zwischen 1617 und 1622 kam es im Osmanischen Reich zur Absetzung von drei Sultanen. Die Ereignisse dieser Jahre stellen in der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung des Reiches eine bedeutende Zäsur dar und hinterließen – wie Tezcan im Titel seines Buches postuliert – ein in seiner Struktur gewandeltes »zweites Osmanisches Reich«. Dabei waren die politischen Konstellationen, welche jeweils zur Absetzung führten, sehr unterschiedlich. Tezcan beschränkt sich in seiner Studie allerdings nicht auf eine detaillierte Analyse der Quellen zu den Ereignissen dieser Jahre, er stellt sie auch in einen größeren zeitlichen Kontext. *The Second Ottoman Empire* muss darum generell als Studie zur osmanischen Geschichte des 17. und 18. Jahrhunderts gelesen werden. Tezcan strebt eine neue Periodisierung und über weite Strecken eine Neuinterpretation der osmanischen Geschichte an. Dabei geht es nur am Rande um eine kritische Diskussion des osmanischen »Niedergangs«, welcher – wie Tezcan selbst feststellt – in letzter Zeit bereits von zahlreichen Studien hinterfragt wurde. Tezcan interessiert vielmehr, warum in der Geschichtswissenschaft der Englische Bürgerkrieg und die *Glorious Revolution* so anders als die Folgen von Meutereien und Rebellionen im Osmanischen Reich des 17. Jahrhunderts interpretiert werden: Erstere werden als wichtige Schritte auf dem Weg zu einer konstitutionellen Monarchie gesehen, letztere hingegen als Zeichen von Instabilität, welche zentralstaatliche Reformanstrengungen vereitelten. Diese offene Frage ist Tezcans Ausgangspunkt, wenn er in seiner Studie die Hypothese erörtert, dass im besagten Zeitraum im Osm-

nischen Reich eine »proto-demokratische« Gesellschaft entstand.

Die Einleitung konfrontiert die Leser gleich mit zwei grundsätzlichen Problemen von Tezcans Studie – seinem Umgang mit der Terminologie und seine häufigen komparativen Exkurse:

Tezcans Terminologie – etwa die Verwendung des Begriffs »proto-demokratisch« – irritiert oft. Im Fall der »proto-demokratischen« Entwicklungen verweist er zwar auf zeitgenössische Quellen (beispielsweise Luigi Ferdinando Marsigli, *Stato militare dell'Imperio Ottomanno*, Den Haag/Amsterdam 1732), welche die Staatsform des Osmanischen Reiches mit dem Begriff »Demokratie« assoziieren, er analysiert diese Quellen aber nicht systematisch. Tezcan versteht sein Buch als sozialgeschichtliche, nicht als ideengeschichtliche Studie. Die Terminologie basiert darum trotz der genannten Verweise prinzipiell nicht auf zeitgenössischen sondern auf aktuellen Konzepten. Eine Definition der Termini fehlt aber meist und die Verweise auf Primärquellen verschleiern eher, dass es um Tezcans eigene Konzepte geht. Er verwendet darüber hinaus einzelne Begriffe in einer sehr saloppen Weise, beispielsweise wenn er die politische Dominanz der Großwesire aus der Familie der Köprülü im osmanischen Staat in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts als *autocratic rule* bezeichnet. Belege dafür, dass in irgendeiner Weise von Autokratie gesprochen werden kann, fehlen jedoch.

Tezcan versteht *The Second Ottoman Empire* nicht als komparative Studie; trotzdem wäre zu wünschen gewesen, dass er dort, wo er Vergleiche anbringt, diese ausführlicher erörterte. Tatsächlich kommen diese oft sehr hemdsärmelig daher. So formuliert er unter Verweis auf Colette Guillaumins Studie *Racism, Sexism, Power and Ideology*: »Just as racism in the modern sense arose in a ›democratic‹ society, the subjection of non-Muslims to second class status occurred in conjunction with proto-democratization in the Ottoman Empire.« Diesem Vergleich geht er aber nicht

weiter nach. Den Lesern hilft ein solcher Kurzexkurs nicht wirklich weiter.

Die Stärke von Tezcans Studie liegt in der umfassenden Analyse der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen, welche sich auf Quellenmaterial und die aktuelle Forschungsliteratur stützt. Über weite Strecken sind es deshalb nicht die spektakulären neuen Thesen, welche Tezcans Werk lesenswert machen, sondern der wichtige Versuch, eine Synthese der bisherigen Forschung vorzulegen. In den sechs Kapiteln seines Buches untersucht Tezcan ausführlich die Interaktionen dreier Gruppen: des Hofes, der Gelehrten (*ulema*) und der Janitscharen (welche ursprünglich eine Elitetruppe waren). Seine zentralen Argumentationsstränge thematisieren die folgenden Entwicklungen: Im 16. Jahrhundert fand eine zunehmende Monetarisierung der osmanischen Wirtschaft statt, wobei die oberste Hierarchie der Gelehrten zu einem wichtigen Akteur auf dem Kapitalmarkt wurde. Eine weitgehende Vereinheitlichung des osmanischen Marktes (beispielsweise durch Angleichung des Gold-Silber-Wechselkurses in den verschiedenen Provinzen) erforderte auch ein einheitliches Rechtssystem, wodurch das Gelehrten-Recht (Scharia) gegenüber dem feudalen Recht (*kanun*) eine immer größer Bedeutung erhielt. Die Charakterisierung der Scharia als islamisches und des *kanun* als säkulares Recht, welche sich in der Forschungsliteratur häufig findet, ist laut Tezcan irreführend. Bei der Inthronisierung von Sultan Mustafa I. im Jahr 1617 wurde schließlich erstmals auch die Thronfolge nach dem Gelehrten-Recht geregelt.

Eine zunehmende wirtschaftliche Bedeutung ist im Untersuchungszeitraum auch bei den Janitscharen festzustellen. Janitscharennetzwerke dominierten schließlich Handwerk und Handel in der Hauptstadt und in weiteren wichtigen Wirtschaftszentren des Reiches. Die klassische Rekrutierungsmethode der Knabenlese wurde nicht mehr praktiziert. Stattdessen wurde die

Zugehörigkeit zu den Janitscharen erblich und daneben gab es auch die Möglichkeit sich in diese gesellschaftliche Gruppe sowie die damit verbundenen Privilegien einzukaufen. Die Meutereien der Janitscharen als Interessenvertretung einer sozialen Gruppe zu deuten ist darum gut nachvollziehbar. Problematisch ist es, wie eingangs festgestellt, dies als eine »proto-demokratische« Entwicklung zu interpretieren. So kann Tezcan nicht einmal Ansätze einer Institutionalisierung von Entscheidungswegen im Rahmen dieser Interessenvertretung belegen. Es stellt sich darum nach der Lektüre von Tezcans Studie die Frage, ob der Begriff des *corporate patrimonialism* – wie ihn die von Tezcan nicht berücksichtigten Werke von Ariel Salzmann, *Tocqueville in the Ottoman Empire* und Karen Barkey, *Empire of Difference* verwenden, die gesellschaftlichen Strukturen nicht besser beschreibt.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Tezcans *Second Ottoman Empire* wegen seiner umfassenden Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen für eine Beschäftigung mit der Geschichte des Osmanischen Reiches im 17. und 18. Jahrhundert unverzichtbar sein wird. Tezcans Schlussfolgerungen werden jedoch nicht unwidersprochen bleiben und noch einiger Diskussion bedürfen.

TOBIAS HEINZELMANN (ZÜRICH)

■ Japans Zeitalter der Ausstellungen

Daniel Hedinger, Im Wettstreit mit dem Westen. Japans Zeitalter der Ausstellungen 1854–1941 (Globalgeschichte 7), Frankfurt/New York (Campus) 2011, 426 S., 44 Abb., 45,00 €

Das spannungsreiche Verhältnis zum »Westen« zwischen Kooperation und Konfrontation, Verflechtung und Distinktion ist eines der klassischen Themengebiete der japanischen Geschichte der Neuzeit. Daniel Hedinger fügt diesem mit seiner Studie über Japans Beteiligungen an den Weltausstellungen und über die in die Hunderte

gehenden innerjapanischen Ausstellungen in der Zeit zwischen der gewaltsamen Landesöffnung 1853/1854 und dem Ausbruch des Pazifischen Krieges 1941 ein weiteres Kapitel hinzu. Dabei erschließt er zum einen der deutschsprachigen historischen Japanforschung einen neuen Untersuchungsgegenstand und erweitert zum anderen die bisher auf Europa beziehungsweise Nordamerika fokussierende »westliche« Ausstellungsfor schung um eine außereuropäische Perspektive. Hedinger gelingt es hierbei überzeugend, aktuelle Fragestellungen und Ansätze der Globalgeschichte und der neuen Kulturgeschichte für seinen Gegenstand fruchtbar zu machen.

Der Autor zeigt, dass Ausstellungen für Japan ein wichtiges Medium waren, sich selbst in diesem von Kolonialismus und Marktintegration gekennzeichneten Zeitalter des Imperialismus zu verorten. Bereits im Prozess der japanischen Landesöffnung 1853/54 nutzten die US-Amerikaner eine kleine Industrieausstellung in Kanagawa, um die Überlegenheit westlicher Technologie – und das bedeutete vor allem auch militärisch nutzbarer Technologie – zu demonstrieren. Im Gegenzug zielten die politischen Eliten Japans in den folgenden Jahrzehnten mit der Teilnahme an den Weltausstellungen in Paris, Wien, Chicago oder St. Louis darauf, in einen »Wettstreit mit dem Westen« einzutreten. Dabei bezweckten sie zunächst, eine Revision der einseitigen »Ungleichen Verträge« zu forcieren, welche nach 1854 sukzessive als »Handels- und Freundschaftsverträge« dem Inselreich oktroyiert worden waren. Die Forderung nach Revision implizierte hier zugleich immer die Forderung nach Gleichbehandlung. Die Teilnahme an den Weltausstellungen diente in diesem Kontext dazu, die Erfolge der Modernisierungs- und später auch der imperialen Expansionspolitik des jungen Nationalstaates zu inszenieren und zu propagieren. Die zahlreichen innerjapanischen Ausstellungen, die seit 1871 auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene

durchgeführt wurden, hatten eine ähnliche Funktion. Auch sie waren ein Ort des »globalen Wettstreits [Japans] mit dem Westen«. Darüber hinaus repräsentierten sie die neue politische und soziale Ordnung nach der Meiji-Restauration bzw. Meiji-Revolution von 1867/68, den einsetzenden Modernisierungsprozessen und den mit ihnen verbundenen Umbrüchen. Insbesondere in der Frühphase der Meiji-Zeit (1868–1912) dienten solche Ausstellungen einzelnen Städten und Regionen dazu, sich innerhalb der Konkurrenz der politischen, ökonomischen und kulturellen Zentren des Landes (vor allem zwischen Ōsaka/Kyōto und Tōkyō) zu profilieren und zugleich – im Rahmen der Nationalstaatsbildung – landesweit Zentrum und Peripherie zu integrieren.

Die Studie ist in drei Teile gegliedert, wobei die ersten beiden Teile die Meiji-Zeit bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges und der dritte Teil die Taishō- (1912–1926) und die frühe Shōwa-Zeit (bis 1941) behandeln. Der erste Teil (»Ein chronologischer Einblick, 1854–1914«) bettet die Geschichte der Ausstellungen in die großen Linien der Nationalgeschichte wie auch in die Beziehungen Japans zum »Westen« ein, wobei die Darstellung der hierfür eminent wichtigen Verflechtung mit der Wirtschafts- und Technikentwicklung des Landes leider zu knapp ausfällt. Der zweite Teil der Studie (»Thematische Perspektiven, 1854–1914«) analysiert vier Themenkomplexe systematisch. In »Erziehung und Wissen« arbeitet Hedinger heraus, wie die Ausstellungen mithalfen, die (zunächst primär von Gelehrten der sog. »Hollandwissenschaften«, also Experten für »westliche« Wissenschaften, und Mitgliedern des zentralstaatlichen Regierungs- und Verwaltungsapparates, später auch von diversen Gruppierungen aus Wirtschaft und Gesellschaft getragenen) Auseinandersetzungen über neuartige Wissensordnungen – und damit »konkrete[r] Erziehungs- bzw. Klassifikationsversuche« – voranzutreiben. In »Zivilisation und Zukunft« wird der Frage nachgegangen, welche konkreten Erwartun-

gen an eine »zivilisierte Zukunft« mit den Ausstellungen verbunden wurden, wie diese aber auch enttäuscht wurden. »Kaiser und Nation« hingegen untersucht die politische Funktion der Ausstellungen. Insbesondere unterstreicht der Autor die Bedeutung, die die Auftritte des Tennō bei Eröffnungen für die Repräsentation der Monarchie und des sich entwickelnden Nationalstaates hatten. »Konsum und Vergnügen« schließlich konzentriert sich auf den Besucher als Konsumenten der Ausstellungen und damit auf Formen der »Aneignung« von Ausstellungen. Hier thematisiert Hedinger die Bedeutung der Landesausstellungen für die Etablierung einer neuen Konsumkultur, die von der Forschung traditionellerweise erst auf die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg datiert wird. Der etwas kurz geratene (und irreführend betitelt) dritte Teil (»Synopsis, 1900–1941«) versucht, chronologische und systematische Zugriffe zu verbinden und verschiebt zugleich den zeitlichen Fokus der Studie. Hierdurch gelingt es, die Befunde der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in einer längeren Perspektive auf den historischen Wandel bezogen einzuordnen. Folgerichtig fragt dieser Teil im ersten Kapitel »Kontinuitäten, Wandel und Brüche« nach dem Beharrungsvermögen von Traditionen und der Durchsetzungskraft von Wandlungsimpulsen im Ausstellungswesen der Taishō- und frühen Shōwa-Zeit, im zweiten Kapitel »Imperium und Kolonie« nach der Bedeutung der Ausstellungen für die Repräsentation des wachsenden Imperiums und schließlich im dritten Kapitel »Krieg und Frieden« nach der Dynamik, welche sich durch die außenpolitischen Konfliktlagen und den Bellizismus seit den 1920er Jahren für die Ausstellungen in Japan und seinen Kolonien ergaben.

Hedingers *Im Wettstreit mit dem Westen* ist ein sehr lesenswertes Buch, das die Geschichte der Teilnahme Japans an internationalen und die Organisation von innerjapanischen Ausstellungen vor dem Hintergrund einer breiten Entwicklung vor allem der politischen Geschichte diskutiert und

interpretiert. Einige der Schlußfolgerungen, die er dabei zieht, sind zwar im Detail diskussionswürdig – etwa die Bedeutung, die der Autor dem Auftritt des Meiji-tennō bei der Eröffnung der ersten Landesausstellung 1877 oder auch den Ausstellungen für die Entwicklung eines *consumer capitalism* zuschreibt. Insgesamt gelingt Hedinger aber mit seiner Studie überzeugend, aktuelle theoretische und methodische Debatten und den Forschungsstand zu verschiedenen Themenkomplexen der japanischen Politik- und Kulturgeschichte und Ansätze der Globalgeschichte aufeinander zu beziehen und für seinen Gegenstand fruchtbar zu machen. Bedauerlich ist, dass die hierfür notwendigen Abstraktionen keinen Raum für eine »dichtere Beschreibung« der Ausstellungen selbst gelassen haben. Schließlich wäre es gerade auch in Hinblick auf die angestrebte globalgeschichtliche Perspektive wünschenswert gewesen, den Gemeinsamkeiten und Unterschieden der Teilnahme an den internationalen Ausstellungen wie auch der Spezifik der japanischen Ausstellungen im Vergleich zu ihren »westlichen« Pendanten systematischer nachzugehen. Die Beantwortung dieser Fragen bleibt damit weiteren Studien vorbehalten, an denen Daniel Hedinger hoffentlich intensiv mitarbeiten wird.

TINO SCHÖLZ (HALLE/SAALE)

■ Deutsche Historiker an der Reichsuniversität Posen

Błażej Białkowski, Utopie einer besseren Tyrannis. Deutsche Historiker an der Reichsuniversität Posen (1941–1945), Paderborn u. a. (Ferdinand Schöningh) 2011, 404 S., 49,90 €

Die Studie von Błażej Białkowski greift ein Thema auf, das in zweierlei Hinsicht für die aktuelle Forschungsdiskussion von Bedeutung ist. Zum einen leistet die Arbeit einen Beitrag zu der seit den späten 1990er-Jahren intensiv geführten Debatte über das Verhält-

nis von deutschen Historikern zum Nationalsozialismus, insbesondere innerhalb der sogenannten Ostforschung. Zum anderen fokussiert sie den Blick auf die unmittelbaren Handlungen und Denkstrukturen deutscher Historiker während des Zweiten Weltkriegs im Kontext der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Reichsuniversität Posen selbst hat bereits einige Male die Aufmerksamkeit der deutschen, aber vor allem der polnischen Wissenschaft auf sich gezogen. Einige umfangreiche Darstellungen aus den 1980er Jahren beschränken sich auf die Untersuchung der Universität als Instrument deutscher Vernichtungspolitik. Die 2010 von Helmut Wilhelm Schaller publizierte Monographie zur Reichsuniversität Posen bietet vor allem eine positivistische Wiedergabe der Quellen und weniger eine historische Analyse. Insofern blieb bis vor kurzem eine eingehende Untersuchung der Reichsuniversität als facettenreiche Manifestation nationalsozialistischer Bildungspolitik und deutscher Gewaltherrschaft im besetzten Polen ein Desiderat der Forschung. Białkowski gelingt es, diese Forschungslücke mit seiner hochwertigen und differenzierten Darstellung zum Thema weitgehend zu schließen.

In den Mittelpunkt rückt Białkowski die Historiker, die an der Reichsuniversität gewirkt haben oder mit ihr verbunden waren, insbesondere die baltendeutschen Historiker Reinhard Wittram (1902–1973) und Leonid Arbusow Junior (1882–1951), die im Zuge der »Heim-Ins-Reich« Aktion 1939 aus Lettland in das besetzte Posen übersiedelten, sowie die aus dem Reich stammenden Historiker Herbert Ludat (1910–1993) und Werner Conze (1910–1986). Ihrem Handeln, ihrer Mentalität und ihren Denkstrukturen gilt das besondere Interesse Białkowskis. In methodologischer Hinsicht bemüht er sich daher, biografie- und institutionengeschichtliche mit diskursanalytischen Ansätzen zu verbinden, um dadurch die kollektiven Denkstrukturen seiner Protagonisten,

ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus und die Bedeutung der »Reichsuniversität« in der Bildungslandschaft des (sogenannten) Dritten Reiches offenzulegen. Quellengrundlage für seine Forschungen sind vor allem der Nachlass Reinhard Wittrams, der sich in der Handschriftenabteilung der Bibliothek der Posener Adam-Mickiewicz-Universität befindet, und der Aktenbestand zur Reichsuniversität im dortigen Archiv.

Białkowskis Werk verdeutlicht, dass die Reichsuniversität Posen keineswegs die »Musteruniversität« des Nationalsozialismus war, als die sie von den Akteuren selbst und in Teilen der Nachkriegs-Historiographie inszeniert worden ist (Białkowski spricht hier zurecht von einem Negativ-Topos). Dozenturen und Professuren konnten nicht besetzt werden, designierte Professoren wie Conze oder Ludat standen an der Front statt am Katheder, manche Fakultäten existierten nur als Torso. Zwischen den für die NS-Machthaber unterschiedlich relevanten Fakultäten herrschte ein Konkurrenzkampf, bei dem die naturwissenschaftliche und landwirtschaftliche das Primat erlangen konnten. Mit Bezug auf die Gründungsphase 1939–1941 schildert Białkowski zudem minutiös die unterschiedlichen Interessenkonstellationen von lokalen Akteuren wie Gauleiter Arthur Greiser (1897–1946) oder staatlichen Trägern wie dem Reichserziehungsministerium, das die Universitätsgründung als einen Meilenstein ihrer »Verreichlichungspolitik« des deutschen Universitätswesens verstand.

Die Arbeit der baltendeutschen und reichsdeutschen Historiker bewertet Białkowski differenziert und sachkundig. Er verdeutlicht, wie sie sich in unterschiedlichem Maße mit der nationalsozialistischen Macht in Posen arrangierten und ihre wissenschaftliche Sozialisation früher oder später an den nationalsozialistischen Diskurs anpassten. Dies wird besonders bei Reinhard Wittram deutlich, der nicht nur Dekan der philosophischen Fakultät gewesen ist, sondern auch maßgeblich den

Aufbau der Reichsuniversität geprägt hat. Ihm bescheinigt Białkowski, ab 1942 die Rolle eines »wissenschaftlichen Soldaten« für sich und seine Mitstreiter angestrebt zu haben, bei der ein radikalisierter Antibolschewismus, Sendungsbewusstsein im Sinne einer »deutschen Kulturträgerschaft im Osten« und ein baltischer »Mythos des ewigen Soldatentums« zusammenflossen. Białkowski zufolge wandelte sich Wittram von einem »kämpfenden Wissenschaftler« zu einem »wissenschaftlichen Soldaten«, der wissenschaftliche Redlichkeit nationalsozialistischen Kriegszielen unterordnete und sich durch die Legitimierung der NS-Ostraumpolitik und seine Mitarbeit bei der Verfolgung lettischer Wissenschaftler am stärksten zu einem Instrument der NS-Politik gemacht hatte. Wittram selbst erblickte in Werner Conze, für den die Professur für Agrar- und Siedlungsgeschichte vorgesehen war, den idealen Kandidaten für diese Rolle, da der junge Königsberger Historiker nicht nur auf Grund seines volksgeschichtlichen Ansatzes und seiner Sozialisation im Rahmen der Ideologeme »Deutsche Kulturträgerschaft«, »Volk« und »Osten« für die Reichsuniversität von Interesse war, sondern auch als Frontsoldat dem Ideal eines »wissenschaftlichen Soldaten« zu entsprechen schien. Eine Bewertung Conzes als »Vordenker der Vernichtung« (Götz Aly) lehnt Białkowski allerdings ab. Seine Arbeit verdeutlicht, dass es den baltendeutschen Historikern trotz ihrer Arbeit im besetzten Polen vor allem um den Erhalt baltischen Kulturgutes und die Erforschung baltischer Geschichte ging. Die deutsch-polnische Geschichte und die Geschichte des neu eingerichteten »Warthegaus« waren Themen, die es im Rahmen des Lehrbetriebes zu behandeln galt, denen aber im Allgemeinen kein besonderes Interesse gewidmet wurde. Insofern vollzogen Wittram und seine Kollegen einen Spagat zwischen »Kriegszielen und Herrschaftsinszenierung einerseits und dem Primat des Baltozentrismus andererseits«.

Der These Białkowskis von einer »Utopie der besseren Tyrannis« (der Titel lehnt sich an eine Passage aus Xenophons *Hieron oder über die Tyrannis* an), derzufolge die Posener Historiker eine eigene baltische Variante des Nationalsozialismus angestrebt hätten, vermag der Rezensent allerdings nicht ganz zu folgen. Die von Białkowski verdeutlichte unterschiedliche Adaption von NS-Gedankengut durch die baltendeutschen Wissenschaftler, die sich ihm zufolge offenbar unter anderem in einem zurückhaltenden Rückgriff auf den Rasse-Gedanken und der Hervorhebung der Kulturträgerthese als diesbezüglichen Ersatztopos manifestierte, erscheinen nicht ausreichend, um tatsächlich von einer utopischen baltischen Sonderform des Nationalsozialismus zu sprechen, an der sich Wittram ausgerichtet habe. In diesem Zusammenhang wäre die Verwendung einer konkreten Definition des Nationalsozialismus hilfreich gewesen. Białkowskis Ausführungen zum wissenschaftsgeschichtlichen Kontext der Reichsuniversität sind sachkundig und angemessen. Allerdings überschätzt Białkowski in seinen Erläuterungen zum Konflikt zwischen deutscher Ost- und polnischer Westforschung in der Zwischenkriegszeit die Bedeutung des Posener Historikers Zygmunt Wojciechowski (1900–1955) und seines »Mutterländerkonzeptes« für die polnische Seite. Problematisch sind auch manche Psychologisierungen des Handelns von Wittram und seinen Kollegen in der Nachkriegszeit, die letztlich rein spekulativ sind.

Das Buch ist im Allgemeinen flüssig zu lesen, die sprachlichen Formulierungen sind im Detail allerdings nicht frei von Mängeln. So fallen gelegentliche saloppe Formulierungen, der unreflektierte Gebrauch historischer Begriffe wie »Völkerfrühling« und Verallgemeinerungen wie »die Polen« auf, die im Zuge einer möglichen zweiten Auflage revidiert werden sollten. Manche Ausdrücke und Phrasen wirken holprig und bemüht, so etwa die »Unvermeidbarkeit des Negativen«. Abgesehen davon ist die ver-

wendete Sprache sehr metaphorisch, was zuweilen eine Bereicherung für den Text darstellen kann, etwa bei der Haus-Metapher für die Wissenschaft, gelegentlich aber auch etwas künstlich wirkt. Mit Blick auf die Zwischenkriegszeit weist der Autor beispielsweise darauf hin, dass das vereinzelt vorhandene Bedürfnis nach einem offenen Dialog zwischen deutschen und polnischen Historikern »im Meer des Antagonismus« untergegangen sei.

Diese Einschränkungen sollen aber nicht das Verdienst schmälern, das sich Białkowski mit seiner ambitionierten und innovativen Arbeit erworben hat. Sie bietet einen eindrucksvollen, differenzierten Einblick in die Entwicklung der Reichsuniversität Posen und in ihren historischen Kontext. Bestechend dargestellt sind die Positionierungen ihrer Akteure im Diskurs sowie deren Handlungsweisen in den Kriegsjahren. Das Buch stellt einen gewichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der Verstrickung der deutschen Geschichtswissenschaft in den Nationalsozialismus dar, der zu Recht eine Auszeichnung durch die Fachjury des Wissenschaftlichen Förderpreises des Botschafters der Republik Polen in Deutschland erhalten hat.

GERNOT BRIESEWITZ (HALLE/SAALE)

■ Geheimhaltung oder Offenes Geheimnis

Sönke Neitzel/Harald Welzer, Soldaten. Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben, Frankfurt a. M. (S. Fischer) 2011, 521 S., 22,95 €

Alfred de Zayas, Völkermord als Staatsgeheimnis. Vom Wissen über die »Endlösung der Judenfrage« im Dritten Reich, München (Olzog) 2011, 208 S., 26,90 €

Als der Historiker Sönke Neitzel 2001 die ersten Abhörprotokolle von Gesprächen deutscher Wehrmachtssoldaten in englischer Kriegsgefangenschaft entdeckte und wenig später noch einmal einen doppelt so großen

amerikanischen Bestand, war klar, dass er eine so umfangreiche Quelle nicht allein bearbeiten konnte. Gemeinsam mit dem Sozialpsychologen Harald Welzer startete er ein Forschungsprojekt, in dem ein Team von zunächst sechs, später sieben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern arbeitete. Mehrere Veröffentlichungen sind daraus hervorgegangen, darunter die bekannteste *Soldaten. Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben*, ein Buch, das sich an ein größeres Publikum richtet. Mit ausführlichen Quellenzitaten soll es einen Eindruck vermitteln, wie »Männer in Echtzeit über den Krieg [sprachen] und was sie darüber dachten«. Tausende von deutschen Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS waren zwischen 1939 und 1945 in englischer und amerikanischer Gefangenschaft. Abgehört wurde aber kein repräsentativer Querschnitt. Während die Briten an Gesprächen mit höheren Offizieren, Luftwaffen- und Marineangehörigen interessiert waren, bezogen die Amerikaner einfache Soldaten in ihre Aktion mit ein. Das zu besprechende Buch besteht aus drei Teilen. Es beginnt mit der Darlegung der Forschungsmethode. Im umfangreichen Hauptteil stehen die Abhörprotokolle im Mittelpunkt. Inhalt des letzten Teils ist die Frage, inwieweit dieser Krieg und sein Erleben durch deutsche Soldaten spezifisch waren für den Nationalsozialismus.

Für die Aufbereitung und Deutung der Abhörprotokolle verwenden Neitzel und Welzer die Referenzrahmenanalyse, ein zentraler methodischer Begriff, der das Buch durchzieht und auf Welzer zurückgeht. Der Referenzrahmen bezeichnet ein Wahrnehmungs- und Deutungsmuster, das dem Handeln von Menschen vorausgeht und ihm einen Sinn verleiht. Welzer unterscheidet zwischen Referenzrahmen erster bis vierter Ordnung. *Soldaten* beschränkt sich auf Referenzrahmen zweiter und dritter Ordnung, die konkrete Geschichte an einem spezifischen Ort – Deutschland zur Zeit des Nationalsozialismus (Referenzrahmen zweiter Ordnung) – sowie ein einma-

liges Ereignis, das bestimmte Anforderungen an Menschen stellt, wie beispielsweise ein Krieg, in dem sie als Soldaten kämpfen (Referenzrahmen dritter Ordnung). Was das heißt, wird im ersten Teil des Buches abgesteckt. Irritierenderweise bleibt dabei ausgespart, was die Voraussetzung für die Aufzeichnung dieser Gespräche war: die Tatsache der Gefangenschaft. Der Krieg war für diese Männer erst einmal beendet. Dass sie in »Echtzeit« redeten, wie Welzer schreibt, muss deshalb präzisiert werden. Zwar vermittelt die Aufzeichnung persönlicher Gespräche den Eindruck historischer Authentizität, doch kommen hier gefangene Soldaten zu Wort, die sich austauschten, orientierten und sich zugleich mit den Ansichten der sie inhaftierenden Alliierten auseinandersetzen mussten. Auch die Ballung der Gespräche über Kriegsverbrechen, um die es in diesem Buch vor allem geht, spiegelt nicht den tatsächlichen Hergang der Konversation, sondern ist in doppelter Weise konstruiert: einmal in der Auswahl aufseiten der Alliierten und ein andermal in der Auswertung durch die Autoren. Dazu ein Beispiel: Unter den gefangenen Soldaten wurde offenbar stundenlang über Frauen geredet, wie die Alliierten notierten. Allerdings haben sie lediglich solche Gesprächsteile aufgezeichnet, die sexuelle Gewalt thematisierten. Das ist nachvollziehbar, verhindert aber ein tieferes Verständnis dieser Verbrechen, zu dem neben dem Spektakulären, Grenzüberschreitenden und Gewaltsamen ganz wesentlich auch das Alltägliche und »Selbstverständliche« gehört. Dass Neitzel und Welzer diese Gespräche einem Kapitel mit der Überschrift »Sex« zuordnen, ist unverständlich, denn es geht hier um männliche Macht, Machtmissbrauch, Gewalt, nicht aber um Sex oder Sexualität. Eine der wichtigsten Fragen heute für uns ist der rassistische Vernichtungskrieg, dem Neitzel und Welzer mehrere Abschnitte in ihrem Buch einräumen. Obwohl die Autoren davon ausgehen, dass die Alliierten Gespräche über

den Völkermord »sicher überproportional häufig aufgezeichnet« haben, betrafen sie zu ihrem Erstaunen nur 0,2 Prozent des Materials. Das spiegelt sich in dem Buch jedoch nicht wieder, und man hätte sich als Leser/in gewünscht, wenn die Autoren dies genauer beleuchtet und reflektiert hätten. Hilfreich hätten hier beispielsweise Untersuchungen mit soziologischen Methoden der qualitativen Sozialforschung sein können, beispielsweise der Ethnomethodologie.

Kern des Buches ist, dass es seinen einmaligen historischen Stoff abtastet nach der sozialpsychologischen Vergleichbarkeit. Das klingt bereits im Titel an, in dem jeder konkrete Bezug auf Ort und Zeit fehlt. Deshalb ist es nur folgerichtig, wenn am Ende, im letzten Teil, unter dem Titel »Wie nationalsozialistisch war der Krieg der Wehrmacht« die zentrale Frage nach der Spezifik des Verhaltens deutscher Wehrmachtssoldaten im Zweiten Weltkrieg steht. Vergleiche zwischen dem Verhalten von Soldaten der Wehrmacht, der Sowjetarmee oder der Alliierten gibt es bereits im zweiten Teil. Im abschließenden Teil gehen Neitzel und Welzer einen Schritt weiter und beziehen moderne Kriege in ihren Vergleich mit ein, den Krieg im Irak, in Ruanda, Afghanistan oder Vietnam, Kriege, in denen Soldaten aus demokratisch verfassten Gesellschaften zum Einsatz kamen und Kriegsverbrechen begingen. Durch die Untersuchung der Dynamik, die zu solchen Taten führt, kommen die Autoren zu dem Schluss, dass »die soziale Nahwelt, das moderne Arbeitsethos und die Technikfaszination in der Tat so etwas wie den Typus des *universal soldier* bilde. Moderne Soldaten sind für die Autoren in ihrem Verhalten vergleichbar, auch wenn sie sich in der historischen und kulturellen Prägung ihrer militärischen Werte unterscheiden. Gewalt üben alle aus. »Nur dort, wo sie [die Gewalt, D.R.] sich auf die intentionale Vernichtung von Menschen richtet, ... wird sie spezifisch nationalsozialistisch – und das betrifft die Ermordung der sowjetischen Kriegsgefangenen

und vor allem die Vernichtung der Juden. Dafür liefert der Krieg – wie übrigens für alle Genozide – den Rahmen, in dem zivilisatorische Schranken aufgehoben sind.« Mit der Einführung eines »Referenzrahmens des Krieges« und eines »Referenzrahmens der Vernichtung« suggerieren die Autoren die Existenz von Deutungsmustern sowohl für die im Nationalsozialismus begangenen deutschen wie am Ende auch für andere moderne Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen. Das ist eine gravierende Zäsur zu anderen Interpretationen der nationalsozialistischen Verbrechen, etwa solchen, die von einem Zivilisationsbruch ausgehen, in dem die zentralen Voraussetzungen menschlichen Zusammenlebens zerstört wurden. Der Annahme eines »Referenzrahmens der Vernichtung« steht aber entgegen, worauf die Autoren selber hinweisen, dass in den meisten Gesprächen der Soldaten über den Genozid ein Unterton davon ist, dass in diesem Krieg Grenzen überschritten wurden. Dies konterkariert die Annahme eines »Referenzrahmens der Vernichtung«. Auch deckt ein Referenzrahmen nie alle Interpretationsmöglichkeiten ab, sondern steht immer in einem Bezug zu anderen Deutungsmustern oder Referenzrahmen, etwa der Religion, Bildung, sozialen Herkunft oder kulturellen Prägung. Die Hypothese eines »Referenzrahmens der Vernichtung« geht einher mit einer erheblichen Reduzierung der Komplexität des Massenmordes.

Auf den ersten Blick scheint das erste hier besprochene Buch zu dem zweiten, Alfred de Zayas' *Völkermord als Staatsgeheimnis*, in einem grundlegenden Widerspruch zu stehen. Wie kann man von einem Staatsgeheimnis reden, wenn der Völkermord, wie Neitzel und Welzer schreiben, den deutschen Soldaten in allen Facetten bekannt war? De Zayas ist ein amerikanischer Jurist, der in den 1970er Jahren nach Deutschland kam und hier Geschichte studierte. Er arbeitete zunächst am Institut für Völkerrecht in Göttingen, dann am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentli-

ches Recht und Völkerrecht in Heidelberg und wurde schließlich UN-Beamter, spezialisiert auf Menschen- und Völkerrecht. *Völkermord als Staatsgeheimnis* schließt an eine Veröffentlichung an, die er Ende der siebziger Jahre gemeinsam mit seinem holländischen Kollegen Walter Rabus herausgegeben hat. De Zayas vertritt die These, dass ein allgemeines Wissen über den systematischen Judenmord bei der deutschen Bevölkerung nicht angenommen werden kann. Er versucht das anhand von Prozessakten aus den Nürnberger und anderen Kriegsverbrecherprozessen zu belegen. Zu den Fällen, die er anführt, gehört der des SS-Richters Dr. Konrad Morgen. Durch anderweitige Ermittlungen stieß Morgen auf die Massenmorde in Auschwitz und leitete im Oktober 1944 ein Verfahren unter anderem gegen Rudolf Höß und Adolf Eichmann ein. Bei der Betrachtung dieses Falles geht es de Zayas, anders als beispielsweise Raphael Gross, nicht um eine Beurteilung der Person. Stattdessen interessiert ihn, wie Morgen sich verteidigte und welche Handlungsmöglichkeiten er für sich selber sah. Hier spielte der Geheimhaltungsbefehl eine entscheidende Rolle. Morgen nannte ihn als Grund, warum er ohne Angst vor Bestrafung lediglich diejenigen seiner Vorgesetzten informieren konnte, die in die Verantwortung für diese Morde eingebunden waren. Auch sei der Mord an den Juden für nicht betroffene Zeitgenossen unfassbar gewesen; man hätte ihm nicht geglaubt, argumentierte er vor dem Nürnberger Gericht. De Zayas hinterfragt diese Aussagen nicht, weil sie vor Gericht nicht widerlegt werden konnten. Ebenso geht er mit den Äußerungen anderer Zeitzeugen um, die vorgaben, von dem systematischen Massenmord während der Zeit des Nationalsozialismus nichts gewusst zu haben. De Zayas nimmt ihre Aussagen für faktisch und stellt sich damit gegen die neuere historische Forschung, die ein breites Wissen über den Genozid in der Bevölkerung annimmt. Was ihn von seinen

historischen Kollegen trennt, ist sein juristischer Umgang mit dem Geschehen. Er unterscheidet strikt zwischen Gerüchten, Halb- oder Teilwissen und einer begründeten Kenntnis über den Charakter des Genozids als systematisch durchgeführtem Mordplan sowie die konkrete Zuschreibung dieses Wissens zu einem Individuum. Nicht akzeptabel ist aus dieser Perspektive, wie Neitzel und Welzer sich äußern. Es lasse sich »bündig zusammenfassen«, dass die »Judenvernichtung« zum »Bestandteil der Wissenswelt der Soldaten« gehörte, schreiben sie am Ende ihres Buches. Das ist eine schwerwiegende Behauptung, die die Autoren allerdings umgehend einschränken mit der Bemerkung: »Zweifellos haben nicht *alle alles* gewusst«, was sich auf die unterschiedlichen Formen des Tötens bezieht. Zuletzt aber schlussfolgern sie, dass schon aufgrund der »Menge der Gerüchte« davon ausgegangen werden könne, »dass *fast jeder* [Hervorhebung D. R.] wusste, dass die Juden umgebracht wurden«. Es sind solche, in sich widersprüchliche Behauptungen mit ihren weitreichenden Implikationen, die für de Zayas nicht hinnehmbar sind. Die Geheimhaltungspflicht, so seine These, habe das Wissen um den Genozid nicht nur eingeschränkt, sondern war »unerlässlich, um die Ausrottungsmaßnahmen durchführen zu können«. Man kann de Zayas vorhalten, dass er der entlastenden Funktion der Geheimhaltungsverpflichtung für die Täter keine größere Bedeutung zuschreibt, oder nachfragen, ob tatsächlich eine so strikte Trennung zwischen der antisemitischen Politik der nationalsozialistischen Machthaber und der Bevölkerung bestand, wie er annimmt. Nicht zuletzt kann man hinterfragen, ob es das Wissen, das de Zayas für den Völkermord unterstellt, überhaupt geben konnte. Michael Wildt zum Beispiel betrachtet den Genozid als disparates Geschehen, einen Ablauf einzelner Mordaktionen, aber nicht als Mordplan. Es ist unbestritten, dass die Diskriminierung, Entrechtung, Beraubung und gewaltsame

Verfolgung der deutschen Juden unter den Augen der nicht-jüdischen Bevölkerung geschah und es ist kaum glaubhaft, dass ein Verbrechen dieses Ausmaßes vollständig im Verborgenen bleiben konnte. Gleichwohl wird man Zeitzeugen, Verfolgten ebenso wie Menschen, die zur Tätergemeinschaft zählen, ohne fundierten Nachweis nicht einfach Lüge, Schutzbehauptung oder Verdrängung unterstellen können, wenn sie vorbringen, von der Ermordung der europäischen Juden erst nach dem Ende des Krieges erfahren zu haben. Die Geheimhaltungspflicht war Teil der nationalsozialistischen Realität. Sie hatte aber nicht nur die Auswirkungen, die de Zayas ihr zuschreibt, sondern führte zu einer tiefgreifenden Gesellschaftsveränderung. Geheimhaltung ist ein Herrschaftsprinzip. Sie verunsichert und isoliert. De Zayas thematisiert dies vor allem in Hinblick auf den Massenmord. Geheimhaltung hatte aber Folgen weit darüber hinaus und betraf die gesamte nationalsozialistische Gesellschaft. Bei Neitzel und Welzer werden diese Auswirkungen der Diktatur – zu denen die Geheimhaltung ebenso gehörte wie die Einschränkung des Meinungsaustauschs und der mangelnde Zugriff auf Informationen – zum Bestandteil des Referenzrahmens, der in seinen Implikationen gar nicht mehr weiter erklärt werden muss. Nur ein Beispiel: In dem Kapitel über militärische Werte schreiben die Autoren: »Der Gehorsam band die Soldaten weniger wegen der Angst vor Strafe, sondern vor allem, weil er in ihrem eigenen Referenzrahmen fest verankert ist.« Das ist eine mutige Äußerung. Wenn das aber tatsächlich so gewesen ist, dann hätte es der drakonischen Strafen, die es im Zweiten Weltkrieg in der Armee gab, gar nicht bedurft. Bei dieser Sichtweise verwundert es dann nicht, dass ein wichtiges Buch wie das von Omer Bartov, das der innerinstitutionellen Zunahme der Gewalt in der Wehrmacht einen zentralen Platz einräumt, in der Veröffentlichungsliste von Neitzel und Welzer fehlt. De Zayas' Buch

ist geprägt vom Blick des Juristen. Das kann man als Engführung sehen, andererseits lässt sich individuelle Schuld nur nach den Maßstäben des geltenden Rechts bemessen. Historiker/innen oder historische arbeitende Sozialwissenschaftler/innen werden sich damit nicht zufrieden geben. Neitzel und Welzer allerdings machen zweierlei: Sie schildern einerseits eine völlig entfesselte deutsche Armee, die um den Genozid wusste und darin eingebunden war wie in andere Menschenrechtsverletzungen, und sie relativieren dieses Verhalten deutscher Soldaten im Nationalsozialismus andererseits über die Verwendung der beliebig ausbaubaren Referenzrahmen. Das ist in dieser Koppelung neu. Was es impliziert, muss deutlich ausgesprochen und verhandelt werden.

DAGMAR REESE (KLEINMACHNOW)

■ The Voice of the Citizen Consumer

Kerstin Brückweh (Hg.), The Voice of the Citizen Consumer: A History of Market Research, Consumer Movements, and the Political Public Sphere, Oxford (Oxford University Press) 2011, 306 S., 150,00 \$

Das Verhältnis von Konsum und Politik, von Konsumenten und Staatsbürgern, ist eine wesentliche Dimension der jüngeren Beschäftigung mit der Geschichte des Konsumierens. In der angelsächsischen Forschung wurde, um die Verbindung der beiden Felder und der in ihnen handelnden Akteure zu untersuchen, der Begriff des *citizen consumer* geprägt. Diese Figur ist denn auch im Titel des Buchs repräsentiert. Inwiefern konnte der *citizen consumer* seine Wünsche und Interessen artikulieren und wie hat sich Markt- und Meinungsforschung als Branche konstituiert, die behauptet, die Stimme des Bürgers wie des Konsumenten vernehmbar zu machen? Diesen Fragen spürt der gut strukturierte und kompetent eingeleitete Band in drei Segmenten nach:

In einem ersten Hauptteil steht die Markt- und Meinungsforschung im Zentrum, in einem zweiten sind es Konsumentenbewegungen; ein dritter ordnet sich diffuser um das Motto »Communicating Knowledge« an.

Stefan Schwarzkopf verfolgt die Entwicklung von Marktforschung in Großbritannien während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die frühe Marktforschung überschneidet sich mit sozialliberaler und sozialdemokratischer Gesellschaftsreform, was die Experten als Akteure wie auch die Perspektive auf die zu Befragenden respektive Untersuchenden betraf. Relativiert wird in diesem und anderen Beiträgen das Bild von Markt- und Meinungsforschung als »amerikanischer« Erfindung. Transferbeziehungen über den Atlantik verliefen in beide Richtungen. So stammten Protagonisten der Marktforschung in den USA wie Paul Lazarsfeld oder Ernest Dichter aus Europa.

Judith Coffin führt uns ins Frankreich der 1950er-Jahre, als die Meinungsforschung noch eine aufregende neue Erfahrung für die Befragten war. Diese wollten oft mehr erzählen, als verlangt war. Von Coffin erfahren wir auch, dass eine Erhebung der Zeitschrift *Elle* von 1956 über die »Freuden und Sorgen der Frauen« jene Teilnehmerinnen prämierte, deren Angaben dem arithmetischen Mittel am nächsten lagen. Inszeniert wurde hier die Kongruenz von Konsumwahl und politischem Wahlrecht mit dem Mittelwert als Orientierungsmarke für den Weg des einzelnen in die gesellschaftliche Mitte.

Eine andere, jüngere Erhebungsform sind Kundenkarten, auf deren Boom seit den 1990er-Jahren Edward Higgs eingeht. Auch hier geben Konsumenten bereitwillig Antworten auf zahllose Fragen von Unternehmen, wenngleich sich die Kommunikation nicht verbal vollzieht. Die Akzeptanz solcher privatwirtschaftlich motivierten *identity cards* kontrastiert in England mit der Skepsis gegenüber staatlichen Initiativen der Erfassung. Konsument und Bürger bleiben in dieser Hinsicht scharf geschiedene Rol-

len. Gunnar Trumbull untersucht in seinem Beitrag, wie sich Vorstellungen von Datenschutz in Frankreich und den USA seit den 1960er-Jahren unterschiedlich entwickelten, jedoch nicht abgehoben von transnationalen Verflechtungen.

Den Kult der Mitte analysiert Rainer Gries als Beispiel eines Propagems, das es ermöglicht, politische Propaganda und Produktkommunikation zu verbinden. Markenprodukte fungieren als Medien der Emotionalisierung, wodurch Marken wie Nivea oder Coca Cola die lebensweltliche Plausibilität der Imagination einer gesellschaftlichen Mitte stärken konnten.

Die öffentliche Diskussion ebenso wie die wissenschaftliche Beschäftigung mit Marktforschung und Werbung begann mit der Vorstellung von einer weitreichenden Manipulierbarkeit der Verbraucher. Demgegenüber hat die kulturwissenschaftliche Forschung seit den 1980er-Jahren zunehmend betont, dass den Konsumenten Handlungsspielräume offenstehen – bis hin zur Umkehr der Perspektive vom Manipulationsverdacht zur Begeisterung für die subversiven Potentiale des Konsumierens. Im Kern handelt es sich um eine Diskussion über Kausalitätsbeziehungen, die sich für Werbung und Marktforschung so schwierig durch empirische Befunde zu einem eindeutigen Schluss führen lässt, wie das auf Sozialtechnologien insgesamt zutrifft. Wer wirkt hier wie auf wen? Gries entwirft ein Modell der Produktkommunikation, das in den Konsumenten maßgebliche Gestalter der Produktaura erkennt. Um Skepsis angesichts fehlender Gestaltungsmacht geht es dagegen John Clarke: Er ortet bei vielen Bürgern Unwillen, die Service-Rhetorik von New Labour für bare Münze zu nehmen und sich selbst als Kunden staatlicher Dienste zu verstehen.

Wie ist die Verbindung von Konsum und politischer Sphäre zu beurteilen? Für Clarke verschleiert der Konsum die politischen Dimensionen der Beziehung zwischen dem Staat und seinen Bürgern. Betrachtet man

hingegen wie Michael Prinz und Matthew Hilton in ihren Beiträgen die Konsumgenossenschaften, die als Selbsthilfe von Konsumenten entstanden, rücken gegenläufige Potentiale der Figur des *citizen consumer* ins Bild. Laut Matthew Hilton machten sich die Konsumgenossenschaften sowohl Rechte als auch Pflichten von Konsumenten zum Anliegen und eröffneten damit eine Alternative zur gängigen Engführung auf nur einen dieser beiden Aspekte. Während des 19. und frühen 20. Jahrhunderts wurden meist die Pflichten der Konsumenten in den Vordergrund gestellt, ob im Zuge der Antisklavereibewegung, ob im Rahmen von Kampagnen, denen es um Arbeiterrechte zu tun war, ob als protektionistischer Aufruf zum nationalbewussten Einkauf. Ab Mitte des 20. Jahrhunderts, parallel zum Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Regime, rückten Konsumentenrechte ins Zentrum, in ihrer individualistischen Zuspitzung kompatibel mit einem marktwirtschaftlichen Setting. Seit einem Vierteljahrhundert schlägt das Pendel wieder in die andere Richtung aus: ethischer Konsum als Verpflichtung, sei er ökologiebewusst, als Solidarität mit Produzenten in Ländern des Südens oder Protest gegen politische Regime wie dem Apartheidstaat in Südafrika. Auch hier fällt aber die Konzentration auf das konsumierende Individuum auf, die sich nach Ansicht von Hilton mit einem theorieleeren Vertrauen in Weltverbesserung durch philanthropisches Engagement verknüpft.

Der Band geht auf eine 2008 abgehaltene Tagung am Deutschen Historischen Institut in London zurück und stellt die Beiträge, von denen viele ihrem Thema jeweils anhand eines nationalen Falls nachgehen, so zusammen, dass sich eine komparative Perspektive eröffnen soll. Diese wiederum fokussiert auf drei Länder: Deutschland, Großbritannien und Frankreich – »and the USA also plays a part in it«. Angesichts des Veranstaltungsorts der Tagung erscheint die Auswahl naheliegend. Damit nimmt sie allerdings die Logik außenpolitischer

Prioritäten Deutschlands auf, wie sie sich auch an der regionalen Verteilung der sechs Deutschen Historischen Institute ablesen lässt. Das Buch betrachtet (im europäischen Maßstab) große Gesellschaften Westeuropas bzw. des marktwirtschaftlichen »Westens«. Das ist, wie Kerstin Brückweh betont, nicht ausschließlich gemeint. Hinsichtlich der Geschichte von Markt- und Meinungsforschung gilt: »It seems too early to claim these three countries as paradigmatic for modern European development«. Dass weitere europäische Länder in zukünftige Recherchen einbezogen werden sollten, konzidiert die Herausgeberin daher mit Referenz auf Heinz-Gerhard Haupt und seinen den Band abschließenden Kommentar. Haupt plädiert dafür, unter Voraussetzung eines europäischen Untersuchungsrahmens auch die Situation in Süd-, Nord-, Mittel- und Osteuropa zu berücksichtigen. Außerdem unterstreicht er die Notwendigkeit lokaler Fallstudien als Mittel gegen die Verkürzung des Forschungshorizonts durch eine holistische Kategorie des Konsumenten. Beidem ist zuzustimmen und vielleicht noch hinzuzufügen, dass lokale Fallstudien und die große Rundumschau, die kleine Länder zu Räumen aggregiert, oft gut zueinander passen, weil sie einander nicht das Terrain streitig machen. Das lokale Fallbeispiel eignet sich zudem, das weit ausholende Narrativ illustrativ abzustützen. In der Lücke zwischen dem Lokalen und dem Universalen findet die Unübersichtlichkeit einer Vielzahl regionaler und nationalstaatlicher Situationen bequem Platz und verschwindet zugleich. Die Verbreiterung der Perspektive ist in der Tat nötig, damit nicht unversehens aus einer Nicht-Behauptung des Paradigmatischen (es ist dafür »too early«) ein scheinbar sicheres Wissen wird.

OLIVER KÜHSCHELM (WIEN)